

Willkommenskultur für Flüchtlinge

Wir treten entschieden für eine Willkommenskultur im Landkreis Göttingen ein. Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, altem und neuem Faschismus!

Schuldenbremsen und sogenannte Zukunftsverträge sind kein Argument, Gelder für konkrete Bedürfnisse und öffentliche Daseinsfürsorge zurück zu halten.

Auch im Landkreis Göttingen müssen soziale und demokratische Rechte verteidigt und ausgebaut werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen ganz gleich welcher Herkunft gegeneinander ausgespielt werden. Geflüchtete dürfen nicht zur Rechtfertigung von Kürzungen missbraucht werden. Jeder Mensch hat das Recht auf eine bezahlbare Wohnung, eine angemessene Entlohnung der Arbeit, auf Zugang zu Bildung und Kultur!



Recht auf Stadt kennt keine Grenzen

„Damit Integration gelingen kann, müssen die Geflüchteten zuerst raus aus den Massenunterkünften. Genug Wohnungen für alle sind da. Nicht nur in der Stadt Göttingen gibt es extrem viel Leerstand.“



Hendrik Falkenberg, Angestellter, 49

WER WIR SIND

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke besteht aus der Partei DIE LINKE, der DKP, der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) und Parteilosen Kandidat*innen. Sie tritt für den Stadtrat und Ortsräte im Stadtgebiet Göttingen an. Für die Kreistagswahl und für Stadt- und Gemeinderäte im Landkreis Göttingen, also auch im bald dazugehörigen Altkreis Osterode, stellt sich der Kreisverband Göttingen/Osterode der Partei DIE LINKE zur Wahl.

MITMACHEN!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam für eine soziale, transparente und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Dafür bitten wir Sie am 11. September 2016 um Ihre Stimme für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und DIE LINKE.

Wählen Sie am 11. September

In der Stadt Göttingen:



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

In Kreis und Kommunen:



DIE LINKE.
Göttingen/Osterode

linkes-portal-goe.net



Menschen vor Profite!

Kommunalwahlen am 11. September 2016

Für sozialen Wohnungsbau, bezahlbare Mieten

und bessere Verbindungen ins Umland!

Die Wohnungsnot in Göttingen ist seit Jahrzehnten sprichwörtlich. Die Mieten sind in den letzten zwei, drei Jahren geradezu explodiert, während es hier und auch in manchen umliegenden Gemeinden sogar Leerstand gibt. Die Folgen sind insbesondere für Erwerbslose, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Rentner*innen, Studierende und Auszubildende sowie Geflüchtete verheerend!

In Göttingen liegen die Quadratmeterpreise derzeit zwischen 7,92 und 10,28 Euro. Das ist höher als der Bundesdurchschnitt und liegt für Niedersachsen an der Spitze.

In den umliegenden Gemeinden wird oft die schlechtere und teure Nahverkehrsanbindung zum Problem. Eine Wohnung ist zwar bezahlbar, nicht aber die notwendige Mobilität. Schon gar nicht außerhalb der Kernzeiten – hier sind Verbesserungen nötig und möglich.



linkes-portal-goe.net

DAS WOLLEN DIE GÖTTINGER LINKE UND DIE PARTEI DIE LINKE:

- Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, keine Absenkung von Wohnstandards
- Ein Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Kommunen für sozialen Wohnungsbau
- Integration von Anfang an: Sprachkurse, Bildung und Arbeitsförderung
- Stadtpläne und Informationsblätter über die Sozialeinrichtungen in den unter den Geflüchteten am weitesten verbreiteten Sprachen
- Einführung einer Gesundheitskarte, die ohne bürokratischen Aufwand und ohne die vorherige Genehmigung des Sozialamtes Arztbesuche ermöglicht
- Aufstockung der Schulsozialarbeit und Neueinstellungen im Bereich des Jugendamtes. Gerade die vielen von Krieg und Vertreibung traumatisierten Kinder und Jugendlichen brauchen kompetente Hilfe.

Sozialwohnungen fehlen

In den letzten 20 Jahren wurden in Göttingen so gut wie keine Sozialwohnungen mehr gebaut.

Ein weiteres Problem ist, dass die Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft (KdU) für Menschen, die sich im Hartz-IV-Bezug befinden, derart niedrig angesetzt worden ist, dass es für Hartz-IV-BezieherInnen fast unmöglich geworden ist, in Göttingen eine Wohnung zu finden. Zwangsumzüge infolge von Hartz IV rauben den Menschen den Ort, an dem sie zu Hause sind. Sie verstoßen gegen die freie Wahl des Wohnorts und den Schutz der Privatsphäre.

Wir lehnen deshalb Zwangsumzüge kategorisch ab! Das Menschenrecht auf Wohnen, welches in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN fest verankert ist, wird u.a. durch die steigenden Mieten und die daraus resultierende Wohnungsnot auch in Göttingen stetig unterlaufen. Anstatt den eigenen kommunalen Wohnungsbestand auszubauen, hat die Stadt Göttingen in den letzten Jahren auf private Investoren gesetzt, die teure Eigentumswohnungen bauen. Sie hat dadurch dazu beigetragen, dass Wohnen mehr und mehr zum Luxusgut wird.



„Bezahlbarer Wohnraum für Geringverdienende, Bezieher*innen von Sozialleistungen, Studis, Azubis und Geflüchtete ist in Göttingen Mangelware. Die Städtische Wohnungsbau ist hier in der Pflicht, durch Zukauf, Umbau und Neubau von Wohnungen für Abhilfe zu sorgen.“



Bärbel Safieh, Sozialpädagogin, 53

Menschen vor Profite!

DAS WOLLEN DIE GÖTTINGER LINKE UND DIE PARTEI DIE LINKE:

- Bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen
- Stopp der Wohnungsspekulation. Beschlagnahme von Leerstand und Einführung einer Leerstandssteuer.
- Keine weiteren Privatisierungen von öffentlichem Wohnraum
- Keine Diskriminierung von überschuldeten Wohnungssuchenden
- Ausweitung des kommunalen und sozialen Wohnungsbaus

Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen!



„Keine Privatisierung von Wohnraum – weg mit der verordneten Schuldenbremse für Bund, Länder und Kommunen!“

Dr. Eckhard Fascher, Sozialwissenschaftler, 54

Wohnen und Wohnraum ist für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE ein nicht verhandelbares Grund- und Existenzrecht. Wir stehen daher insbesondere an der Seite von Mieterinnen und Mietern und wollen mit einer menschenwürdigen und sozialen Wohnungspolitik und bezahlbaren Mieten unsere Kommunen gestalten. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass selbst Menschen mit mittlerem Einkommen 30 bis teilweise 50 Prozent ihres Nettoverdienstes nur für die Miete ausgeben müssen. Wir sehen nicht tatenlos dabei zu, wie wohnungssuchende Bevölkerungsgruppen wie z.B. Studentinnen und Studenten, Geringverdiener*innen und Flüchtlinge gegeneinander auf dem Wohnungsmarkt ausgespielt und damit Menschen aus ihren angestammten Wohnbereichen und ihren sozialen Bezügen verdrängt werden.

DAS WOLLEN DIE GÖTTINGER LINKE UND DIE PARTEI DIE LINKE:

- Bedarf an Wohnungen für Studierende, Geringverdiener*innen, Geflüchtete decken, alternative Wohnformen und Hausbesetzungen unterstützen
- Sicherung und Schaffung von menschenwürdigem Wohnraum für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, wie z.B. Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung (Barrierefreiheit)
- Keine Zwangsräumungen und Zwangsumzüge
- Neu geschaffener Wohnraum darf nicht mehr als 6 Euro pro Quadratmeter kosten
- Die Planung von Gewerbe-, Bau- und Verkehrsflächen muss regional abgestimmt werden und betroffene Bürger müssen in Entscheidungen aktiv einbezogen werden. Dazu gehören auch Bürgerforen, Anhörungen und Initiativen.
- Erhöhung der Mietzuschüsse für Hartz-IV-Berechtigte bis zu 10% über der gültigen Wohngeldtabelle

V.i.S.d.P.: Meike Brunken c/o Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke
Lange-Geismar-Str. 3, 37073 Göttingen

Geflüchteten helfen! Rassismus stoppen!

Mehr als 60 Millionen Menschen sind derzeit auf Grund von Krieg, Verfolgung oder Hunger, Ausbeutung und Elend weltweit auf der Flucht! Aber nur eine Minderheit versucht, auf dem Land- oder dem Seeweg nach Europa zu kommen.

Die Humanität gebietet es, Menschen auf der Flucht Schutz und Perspektive zu gewähren. Die Menschenwürde darf nicht relativiert werden und ist auch nicht verhandelbar! Deshalb gilt unsere Solidarität allen Menschen, die in unser Land kommen, um Zuflucht und eine Zukunft zu finden. Bund, Länder und Kommunen stehen in der Verantwortung, Geflüchteten zu helfen. Zugleich müssen die Fluchtursachen, wie die Destabilisierung von Staaten und ganzen Regionen sowie der Raubbau an Ressourcen gestoppt werden.



WIR SAGEN:

- Ein grundlegender Wandel in der Asylpolitik ist notwendig: sichere Fluchtwege, Arbeitserlaubnis und langfristige Lebensperspektive in Deutschland.
- Geflüchtete, die im Landkreis Göttingen ankommen, müssen menschenwürdig untergebracht werden und nicht in Massenunterkünften wie der Siekhöhe.
- Wir begrüßen das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten sehr. Das darf aber nicht dazu führen, dass sich staatliche und kommunale Stellen aus der Verantwortung stehlen, wie dies bisher der Fall ist.

Menschen vor Profite!

